

Humanistische Union

Humanistische Union stellt Regensburger Bischof Müller ein Ultimatum zum Widerruf seiner Verleumdungen

Bürgerrechtsorganisation weist Unterstellungen über angebliche Befürwortung pädophiler Handlungen zurück und fordert Regensburger Bischof Müller zu einem klaren Dementi auf

Die Bürgerrechtsorganisation Humanistische Union (HU) weist eine mutmaßliche Verleumdung durch den Regensburger Bischof Gerhard Ludwig Müller aufs schärfste zurück. Medienberichten zufolge hatte der Bischof die HU als "eine Art Freimaurervereinigung" bezeichnet, die "die Pädophilie als normal ansehe". Das Bistum Regensburg verweigerte am Freitag auf Nachfrage eine Stellungnahme zu dem Zitat. Die Humanistische Union fordert Bischof Müller auf, die ihm zugeschriebene Aussage bis Montag, den 15. März 2010 zu widerrufen. Sollte der Regensburger Bischof dieser Aufforderung nicht nachkommen, behält sich die Bürgerrechtsorganisation rechtliche Schritte vor.

Zu den Vorwürfen erklärt die Bundesvorsitzende der Organisation, Prof. Dr. Rosemarie Will: "*Sollten sich die mutmaßlichen Äußerungen des Bischofs bestätigen, dann markiert dies einen neuen Tiefpunkt in der Debatte darum, wie die Kirche mit den Fällen sexuellen Missbrauchs in ihren Reihen umgeht. Seit Wochen wird die Öffentlichkeit mit immer neuen Fällen konfrontiert. Es läge jetzt in der Verantwortung des Bischofs, dafür Sorge zu tragen, dass jene institutionellen Bedingungen behoben werden, die solche Übergriffe bzw. ihre Vertuschung begünstigt haben.*" Der Versuch, einer um Aufklärung und Ahndung bemühten Justizministerin und der Humanistischen Union eine (Mit-)Schuld am Versagen der Kirchen anzudichten, sei ein trauriges Ablenkungsmanöver.

Zum Inhalt der Behauptungen stellt Prof. Will klar: "*Es ist abwegig, der Humanistischen Union eine Förderung oder Begünstigung pädophiler Handlungen unterschieben zu wollen. Die Humanistische Union bekennt sich klar zum Schutz Minderjähriger vor sexuellen Übergriffen und zur strafrechtlichen Verfolgung der Täter.*" Die Bürgerrechtsorganisation habe sich mit den Argumenten der Befürworter pädophiler Beziehungen auseinander gesetzt, diese aber verworfen. "*Wir haben als Verband eine klare Position bezogen, wo die Grenze für legitime sexuelle Handlungen von Erwachsenen liegt. Wir gehen davon aus, dass es eine 'einvernehmliche Sexualität' zwischen Kindern und Erwachsenen nicht geben kann.*"

Gleichwohl wende sich die Bürgerrechtsorganisation gegen eine Dämonisierung von Straftätern und eine Kriminalpolitik der Angst: "*Es hilft am Ende weder den Opfern noch der Gesellschaft*", so Frau Will, "*wenn wir den Missbrauch von Kindern allein mit den Mitteln des Strafrechts bekämpfen wollten und die Täter dämonisieren.*" Sie fügte hinzu: "*Die Kirche setzt die ihr verbleibende moralische Integrität aufs Spiel, wenn sie mit dem Ressentiment der Anormalität Pädophiler Stimmung macht.*"

Diese Mitteilung bezieht sich u.a. auf folgende Medienberichte:

Rapport beim Papst. Bericht auf Bild-Online vom 12.03.2010, abrufbar unter <http://bit.ly/alo5Qx>

Giacomo Galeazzi: "Sei massone": vescovo contro ministro. La Stampa vom 12.3.2010, abrufbar unter <http://bit.ly/bRfD8Y>

Für Rückfragen steht Ihnen der Geschäftsführer der Humanistischen Union, Sven Lüders, unter Mobilnr.

0152 / 0183 1627 zur Verfügung.

Wer wir sind:

Die Humanistische Union ist eine 1961 gegründete Bürgerrechtsorganisation, die sich dem Selbstbestimmungsanspruch der Menschen in sozialer Verantwortung verschrieben hat. Sie engagiert sich gegen eine Bevormundung der Bürgerinnen und Bürger, sei es durch den Staat, die Kirchen oder andere Institutionen. Die Durchsetzung der Trennung von Staat und Kirche in der Bundesrepublik gehört zu den Gründungsanliegen der Humanistischen Union. Dabei tritt sie für die Verwirklichung der positiven wie der negativen Religionsfreiheit ein, fordert die Abschaffung kirchlicher Privilegien und eine Gleichbehandlung aller Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften.

Weiterhin hat sich die Humanistische Union für das Recht zum Schwangerschaftsabbruch und die Liberalisierung des Sexualstrafrechts z.B. für Homosexuelle eingesetzt. Sie gehört zu den Vorreitern einer transparenten Verwaltung und eines weitgehenden Informationsanspruchs aller Bürgerinnen und Bürger gegenüber staatlichen Stellen und hat in letzter Zeit die Urteile des Bundesverfassungsgerichts gegen die Online-Durchsuchung und gegen die Vorratsdatenspeicherung mit erstritten.

Ausführliche Informationen zu den verschiedenen Themen der Humanistischen Union finden Sie auf unseren Internetseiten:

Übersicht der religionspolitischen Forderungen: www.humanistische-union.de/shortcuts/huschrift21

Übersicht der Stellungnahmen und Diskussionen zum Sexualstrafrecht in der HU:
www.humanistische-union.de/shortcuts/sexualstrafrecht

Zur Geschichte der Humanistischen Union:
<https://www.humanistische-union.de/index.php?id=504>

<https://www.humanistische-union.de/pressemeldungen/humanistische-union-stellt-regensburger-bischof-mueller-ein-ultimatum-zum-widerruf-seiner-verleumdun/>

Abgerufen am: 03.10.2023